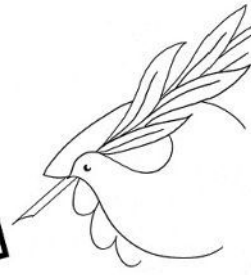
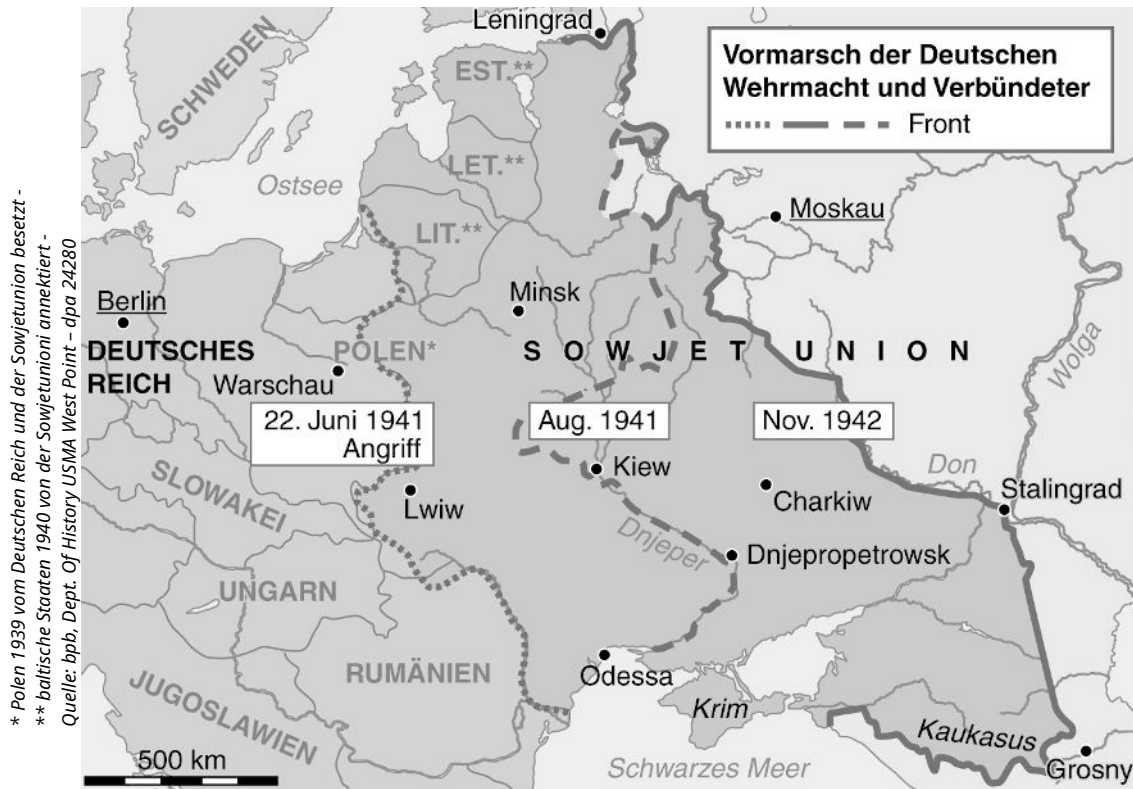


FRIEDENS JOURNAL



Geschichtsbewusstsein statt Kriegspropaganda!



- Ukraine: Stehen wir vor dem nächsten (großen) Krieg?
- Nazis in der Ukraine: Eine extrem gefährliche Traditionspflege
- US-Militärbasen in Europa und die Großmanöver Defender Europe
- Europas Wind, Chinas Sturm und koloniale Geschichte
- Nein zu Rassismus, Feindbildproduktion und Geschichtsklitterung
- Wie sehen Russen die deutsche Politik?



Herausgeber:
Bundesausschuss
Friedensratschlag

Mai - Juni 2021/Nr. **3**

Geschichtsbewusstsein statt Kriegspropaganda!

Inhalt	
Ukraine: Stehen wir vor dem nächsten (großen)Krieg?	3
Nazis in der Ukraine	6
US-Militärbasen und Defender Europe	8
Nein zu Rassismus, Antisemitismus, Feindbildproduktion und Geschichtsklitterung	10
Europas Wind, Chinas Sturm und koloniale Geschichte	12
Wie sehen Russen die deutsche Politik?	14
Opfer der Sowjetunion im 2. Weltkrieg	15
Friedensbewegung: Anstehende Aktionen	16

Impressum

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
www.friedensratschlag.de

Redaktion:

Lühr Henken, Werner Ruf, Horst Trapp,
Ewald Ziegler, V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,
60329 Frankfurt am Main
e-Mail: info@frieden-und-zukunft.de

Kontoverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse, BIC: HELADEF1822
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90

Internetausgabe:

auf www.frieden-und-zukunft.de
einschließlich digitalem Archiv ab 2010.
ISSN 2193-9233

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: **27.4.2021**

Wir trauern um Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, die im Alter von 83 Jahren in Berlin verstorben ist. Sie war bis zuletzt eine von uns, die wir uns in den sozialen und demokratischen Bewegungen engagieren. Stets war sie dabei, beim Ostermarsch, bei gewerkschaftlichen Aktionen, dem Kampf gegen Rechts, den Sozialforen oder wenn es um Frauenrechte ging. Alle, die mit ihr gemeinsam gekämpft haben, haben sie als kluge und engagierte Mitkämpferin, im wissenschaftlichen Disput, in Organisationen wie der DFU oder der LINKEN, bei den Ostermärschen, in vielen Podien und als Streiterin für die Frauenrechte erlebt.

Die Redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

bisher ist unsere Welt von einem Atomkrieg verschont geblieben. Wozu festgestellt werden muss: Der verbrecherische Atomwaffeneinsatz 1945 auf Hiroshima und Nagasaki war „nur“ eine Demonstration militärischer Stärke und militärisch überhaupt nicht relevant im Krieg gegen das kurz vor der Kapitulation stehende Japan.

Detaillierte und weit fortgeschrittene Atomkriegs-Einsatzplanungen gab es hingegen Ende 1950 durch den US-General MacArthur in Korea, der vehement den Abwurf von Atombomben auf 49 nordkoreanische Städte und sogar auf 34 Städte der Volksrepublik China forderte. MacArthur galt in der Bevölkerung als verdienter Kriegsheld des zweiten Weltkrieges mit großem Rückhalt in der öffentlichen Meinung und dem US-Kongress.

Dennoch konnten seine wahnwitzigen Pläne gestoppt werden, da man seitens des US-Generalstabschef Bradley politisch verheerende Wirkungen auf die US-Verbündeten in Westeuropa befürchtete und MacArthur deshalb von Präsident Truman im April 1951 entlassen wurde.

Zum Hintergrund: In Europa war ein Jahr zuvor mit dem „Stockholmer Appell“ eine Massenbewegung gegen den atomaren Ersteinsatz von Atomwaffen entstanden, deren Einfluss auch in dieser antikommunistischen Hochzeit des Kalten Krieges nicht zu unterschätzen war.

Auch bei der Kuba-Krise 1962 war es letztlich Vernunft, mit der die Atomkriegsgefahr gebannt werden konnte. Entgegen der verbreiteten Darstellung, dass die harte Haltung von US-Präsident John F. Kennedy gegenüber Chruschtschow diesen zum Einlenken bewirkt habe, war dieses das Ergebnis einer geheimen Diplomatie Kennedys.

Inwieweit aktuell die Ukraine-Krise zu einer nicht mehr beherrschbaren Eskalation zwischen Russland und der NATO mit allen atomaren Konsequenzen führen kann, ist abhängig davon, wie viel Realitätsbezug bei Politikern und Militärs der NATO-Staaten noch vorhanden ist. Hierbei spielt die deutsche Politik eine maßgebende Rolle.

Bei Politikern der Ukraine fehlt dieser mittlerweile komplett, auch angesichts der innenpolitisch dramatischen Situation dieses Landes. Im Beitrag von Reiner Braun wird dieses im Detail analysiert, ergänzend dazu in dem Bericht des US-Autors Bruce K. Gagnon über Faschisten in der Ukraine. Unterschlagen wird bei uns meistens die permanente US-Militärpräsenz an den russischen West- und Südgrenzen.

Groß angelegte Manöver wie derzeit Defender 21 sind dabei nur die Spitze des Eisberges und selbst dieses taucht in den hiesigen Mainstream-Medien überhaupt nicht auf. Karl-Heinz Peil hat dazu einige Hintergrundinfos zusammen gestellt.

Eingebettet sind diese Entwicklungen in eine neue Dimension der Feindbildproduktion und Geschichtsklitterung, die sich auch gegen andere Länder richtet. In dem Beitrag von Peter Wahl zu China wird aufgezeigt, dass die koloniale Vergangenheit Deutschlands in China auch nach 120 Jahren nicht vergessen worden ist und bei einer weiteren Eskalation zu erheblichen, für Deutschland wirtschaftlich schmerzlichen Gegenreaktionen führen kann.

In Russland hingegen – so das Fazit aus der Buchbesprechung zu Alexander Rahr und seiner vielschichtigen Wiedergabe von russischen Meinungen über Deutschland – regiert seit 20 Jahren ein germanophiler Präsident. Schmerzlich ist für Putin und viele Stimmen aus Russland, dass in dieser Zeit die vielfältigen Kooperationsangebote mit zunehmender Anmaßung und Arroganz abgeschmettert wurden. Dennoch ist bisher das Deutschlandbild der Russen trotz des dort immer noch ausgeprägten antifaschistischen, historischen Bewusstseins erheblich besser als umgekehrt bei uns mit der mittlerweile galoppierenden Russophobie.

Für uns als Friedensbewegung sollte deshalb der anstehende achtzigste Jahrestag des Überfalls von Nazi-Deutschland auf die Sowjetunion der Anstoß sein, um für Geschichtsbewusstsein statt Kriegspropaganda zu kämpfen.

Die Redaktion

Ukraine: Stehen wir vor dem nächsten (großen) Krieg?

von Reiner Braun, IPB, Berlin

Nichts ist schwerer und nichts erfordert mehr Charakter, als sich in offenem Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden und laut zu sagen: Nein.

Ich stelle dieses Zitat von Kurt Tucholski zu Beginn meiner Ausführungen, weil es auch darum geht dem Narrativ von Mainstreampolitik und Medienberichterstattung, Aufklärung und Fakten entgegenzustellen.

Wir erleben eine massive Verlagerung von Truppen und Kriegsmaterial an die Grenze zwischen der Ukraine und Russland sowie an die innere Konfliktlinie zwischen der Ukraine und den sich für unabhängig erklärte Regionen von Donbass und Lugansk. Die kriegerischen Auseinandersetzungen, der gegenseitige Beschuss an der Grenze zwischen der Ukraine und den Volksrepubliken haben massiv zugenommen – mit Opfern auch in der Zivilbevölkerung und einer erneuten Zerstörung ziviler Infrastruktur.

Die Regierung der Ukraine hat entgegen allen Waffenstillstands- und Rückzugsvereinbarungen ihre Truppen in der Krisenregion auf 90.000 erhöht (die Gegenseite hat höchstens 30.000 Menschen unter Waffen), schwere Artillerie, Raketenwerfer und Drohnen sowie über 100 Panzer in die Region verlagert. (Angaben nach OSZE Dokumenten). Dabei wurde besonders die Truppenstationierung an der Grenze zu Belarusland ausgebaut. Mehrere tausend rechtsradikale und faschistische „Kämpfer“ stehen einsatzbereit „an der Front“.

Die ukrainische Armee wurde besonders mit US- aber auch NATO-Unterstützung massiv modernisiert. Zwischen 30% und 40% des Haushaltes der Ukraine fließen in die Rüstung. Bis zu 2.000 US-Soldaten werden 2021 vorläufig – eine permanente Stationierung verbietet die ukrainische Verfassung – in der Ukraine stationiert, eingeflogen über die Air Base Ramstein. Kriegsschiffe werden ins Schwarze Meer verlegt. Die Zeichen stehen auf militärischer Offensive. Bestätigt werden die Offensivpläne u.a. vom Ober-

kommandierenden der ukrainischen Streitkräfte Ruslan Chomtschak.

Defender 21: Großmanöver in Süd-Ost-Europa

Gleichzeitig beginnt das größte Militärmanöver der NATO in Europa mit ca. 30.000 Soldat:innen in Süd-Ost Europa und der Schwarzmeerregion (einschließlich Rumänien/Bulgarien und das Asowsche Meer). Bei dem Manöver in Polen und in der Region des Schwarzen Meeres, vielfach nahe der Grenze der Ukraine/Russlands ist die „Abwehr eines Angriffs aus dem Osten“ die zentrale Herausforderung – so die offizielle NATO-Propaganda. Deutschland ist erneut die Drehscheibe für die Truppen Transporte und mit 430 eigenen Soldat:innen beteiligt. Dass diese Manöver gegen Russland gerichtet sind, ist offensichtlich.

Russland reagierte auf den als Bedrohung empfundenen Aufmarsch mit der zeitweisen Verlagerung von 4.000 Soldat:innen an seine Grenze zum Westen.

Die NATO-Militärstrukturen in Ost- und Zentraleuropa werden massiv ausgebaut. Nach dem Polen-US-Abkommen zur verstärkten Zusammenarbeit wurden alleine in Polen 11 Standorte darunter sieben Luftwaffenstützpunkte massiv ausgebaut und modernisiert (u.a. Lask, Podwicz, Mieroslawiec, Deblin). Der sogenannte Raketenabwehrschirm der USA/NATO in Polen, Rumänien und Bulgarien ist einsatzbereit und die Abwehrsysteme können schnell zu Einsatzsystemen für konventionelle und atomare Raketen „umgepolt“ werden. Dann sind es Erstschlagwaffen zur Ausschaltung der „Zweitschlagskapazitäten“ des Gegners.

Die Partnerschaft zwischen NATO und Ukraine wird immer enger, NATO Offiziere trainieren die ukrainische Armee, neue US-Waffen (besonders Drohnen und Raketenwerfer) werden beschafft. Der Präsident der Ukraine erklärt den NATO-Beitritt seines Landes als einzige Möglichkeit, den schwellenden Konflikt im Donbass zu lösen.

Stoltenberg besuchte demonstrativ Kiew und ermutigt die Regierung, ihren provokativen Kurs fortzusetzen. US-Verteidigungsmister Austin erklärte seine Unterstützung und unterstrich Garantien, die Souveränität der Ukraine zu verteidigen.

Die Stationierung von NATO-Truppen in der Ukraine wurde von Russland mehrfach als Überschreiten einer „roten Linie“ bezeichnet. Gegenreaktionen sind mehr als wahrscheinlich. Die Ukraine will trotzdem unbedingt und schnellst möglich Mitglied der NATO werden, obwohl dieses – losgelöst von den geostrategischen Konsequenzen und Verwerfungen – nach NATO-Statut nicht möglich ist. Dieses lässt die Mitgliedschaft eines Landes mit inneren kriegerischen Konflikten nicht zu.

Die Ukraine plant zwei neue Militärbasen zu bauen, einen Stützpunkt am Schwarzen Meer und den anderen am Asowschen Meer, der Wasserstraße, die die Ukraine und Russland trennen.

Die Ukraine und die Volksrepubliken Donbass und Lugansk haben die Mobilmachung zum Militärdienst angeordnet.

Ziel der ukrainischen Regierungspolitik ist es, den Konflikt zu internationalisieren und besonders die NATO noch aktiver in diesen zu verwickeln. Die Gefahren für die europäische Politik und Sicherheit liegen auf der Hand.

Russland seinerseits baut seine Truppenkonzentration an seiner! Westgrenze deutlich aus – aus pazifistischen Gründen sicher abzulehnen (Krieg ist nie die Lösung von Konflikten), aus geostrategischen Gründen mindestens nachvollziehbar angesichts der NATO-Politik, von der absprache-widrigen Osterweiterung bis hin zur versuchten Beendigung der Nutzung des Hafens Sewastopol.

Warum diese erneute massive Zuspitzung?

Zentraler Punkt: die ukrainische Regierung lehnt aus innenpolitischen Gründen das Minsker Abkommen nach wie vor ab und setzt auf eine militäri-

sche Lösung des Konfliktes. Die Verfolgung einer Parlamentsdebatte, die Äußerungen vieler Regierungsvertreter, die Medienberichterstattung und das praktische Handeln der ukrainischen Militärs verdeutlichen dieses fast täglich. Die Ukrainische Regierung will zu Gesprächen im Rahmen des Abkommens nicht länger nach Minsk fahren, mit der Begründung der „feindlichen Rhetorik Weißrusslands“ in Bezug auf die Ukraine. Sie weigert sich beharrlich entsprechend der Steinmeier Formel, die Schritte in der vereinbarten Reihenfolge (Autonomiereglung, regionale Autonomie verankert in einer neuen Verfassung, international überwachte Wahlen und dann Regelung der Grenzkontrollen zwischen Russland und der Ukraine) auch nur in Erwägung zu ziehen, geschweige denn politisch anzugehen.

Zu diesem, das Minsk2-Abkommen negierenden Verhalten, wird die ukrainische Regierung vom Westen, besonders der USA, aber auch der Bundesregierung – trotz verbalen Bekenntnis zum Abkommen – geradezu ermutigt, entgegen Buchstaben und Geist des vom Westen verbal unterstützten Minsker Abkommens.

Das Telefongespräch zwischen US-Präsident Biden und dem ukrainischen Präsidenten vom 02.04.2021, die Äußerungen des US-Außen- und Verteidigungsministeriums, sowie die Aussagen von Außenminister Maas u.a. im Interview in der Tagesschau am 01.04.2021 sind in Kiew als Verstärkung und Zustimmung zu dem aggressiven Kurs aufgefasst worden. Es war zwar keine uneingeschränkte, aber eine vielfältige „Solidarität“.

EU-Europa folgt fast bedingungslos der Konfrontationspolitik der USA und der NATO. Ein aktives Eintreten besonders von Deutschland und Frankreich für die gemeinsam erarbeiteten Ziele von Minsk2 ist nicht zu erkennen, statt dessen eine kampagnenhafte geradezu primitive Verurteilung Russlands. Vergessen werden darf nicht, dass die USA kein Bestandteil der Vereinbarung von Minsk2 ist und wohl immer noch auf der Position „fuck the EU“ der US-Diplomatin Nuland steht. Man kann es auch inner-imperiale Reibereien nennen.

Es ist geradezu wahnwitzig, wenn die NATO und auch die Bundesregie-

rung immer wieder von Angriffsplänen Russlands gegenüber dem Westen sprechen. Allein die Militärausgaben von 1,1 Billionen zu 65 Milliarden Dollar zeigen den Irrsinn einer solchen Behauptung.

Russland befürchtet, dass es durch das Verhalten der Ukraine und der NATO in der Ukraine zu einem Bürgerkrieg kommen wird. Es wird von russischen Militärs und Politikern die Befürchtung formuliert, dass eine Situation wie 1999 in Srebrenica entstehen kann (Pressekonferenz mit Kosak am 31.03.2021). Frau und Mann müssen diese Position nicht teilen, sie zeigt aber Denkstrukturen und Einschätzungen auf, die sicher sehr ernst zu nehmen sind. Auf einer Pressekonferenz am 31.03.2021 erklärte der stellvertretende Chef der russischen Präsidentsverwaltung Dmitri Kosak, dass Russland die Donbass-Bewohner:innen im Ernstfall schützen werde.

Vergessen werden sollte auch nicht, dass die Interessenslagen der beiden „Volksrepubliken“, die auch noch durchaus unterschiedlich sind und Russlands Politik, strategisch und taktisch nicht vollständig übereinstimmen.

Die Gründe für das kriegstreibende Verhalten der NATO und besonders der USA sind vielfältig.

Starker Einfluss rechtsradikaler und faschistischer Kräfte in der Ukraine

Die Regierung der Ukraine gibt diesen aus innenpolitischen Gründen immer mehr nach und gibt realistischere politische Positionen, die auch nicht wirklich friedlich waren, zugunsten einer Kriegsvorbereitung völlig auf. Frieden auf der Basis von Minsk2 steht nicht auf der Agenda der politischen Eliten der Ukraine, weder der Regierung noch der Opposition, diese versucht Präsident Selensky mit noch aggressiver Rhetorik vor sich herzutreiben.

Ukraine ist als Staat bankrott und pleite, verarmt und ausgeplündert, völlig vom westlichen Geldgebern und damit verbundenem Ausverkauf des Landes abhängig. Der Westen und die Geldgeber von IWF und Weltbank fordern weitere neoliberale Reformen ein, die die Bevölkerung weiter massiv

sozial belasten und die Landwirtschaft zerstören. Krieg als Systemstabilisierung eines bankrotten Systems ist historisch nicht neu. Eine kleine Minderheit von Oligarchen hat sich hemmungslos bereichert. Die innenpolitische tiefe Krise, die soziale Katastrophe, führt – wie historisch oft – zu außenpolitisch aggressiven, von der Krise ablenkenden Verhalten. Die Menschen sollen nationalistisch in den Krieg taumeln und nicht gegen die eigene soziale Verelendung aufbegehren und die gesamten Eliten zum Mond schicken. Deswegen auch die tägliche Unterdrückung der kleinen Opposition gegen die Politik.

Konfrontations- und Diffamierungskurs seit 2014

Die NATO-Politik gegenüber Russland zeigt sich insbesondere im Umgang mit der Ukraine. Hier ist vom Westen und den Eliten der Ukraine seit 2014 gelogen worden, das sich alle Balken biegen, hier sind Putsche, faschistische Strukturen und undemokratische Veränderungen unterstützt worden. Ein Feindbild Russland wurde aufgebaut, das sich gut nutzen und ausbauen lässt, um eigene Interessen, Gewinne und Machtpositionen abzusichern. Die Ukraine als multikulturelle Gesellschaft, als pluralistischer Staat, als Brücke zwischen Ost und West wurde bewusst zugunsten einer Einbindung in NATO- und EU-Strukturen zerstört. Das Land wurde ausgeplündert, die sowieso geringe Demokratie ruiniert und die Korruption wuchs ins Gigantische. Das alles kann nur aufrechterhalten werden, wenn es einen „äußeren Feind“ gibt, auf den alle aggressive Rhetorik gelenkt werden kann.

Ukraine: zentral für langfristige US-Geostrategie

Es bleibt dabei, was schon Brzezinski und Kissinger immer wieder geschrieben haben: wer Russland entscheidend schwächen will, muss eine Loslösung und Feindschaft des immer politisch und geistig geteilten Landes Ukraine von Russland aktiv betreiben und erreichen. Hier lässt sich die Schwächung Russlands und seine Einkreisung entscheidend vorantreiben.

Die immer wieder – entgegen der Charta der NATO – auftauchende und

von den USA vorangetriebene Aufnahme der Ukraine in die NATO verstärkt die Konfrontationspolitik, die Zuspitzung der Lage in Europa und behindert eine zivile, diplomatische Lösung des Konflikts.

Ökonomische Interessen

Die Ukraine ist immer noch zentrales Gebiet der Durchleitung russischen Gases und Öls zur Verteilung in ganz Westeuropa.

Bei sicher notwendiger kritischer Positionierung auch an die Politik Russlands, die in der Logik militärischer und politischer Abschreckungs- und Reaktionspolitik verharrt – siehe ihre Krimpolitik, die militaristischen Reaktion auf westliche Provokationen, die oft widersprüchlichen und zweifelhafte Unterstützung der Bewegungen in Donbass und Lugansk – die Verantwortung für die jetzige Situation liegt bei der NATO, besonders den USA

aber auch der Bundesregierung. Die NATO-Politik ist Konfrontationspolitik, die durch die Unterstützung der aggressiven Kreise in der Ukraine, kriegerische Auseinandersetzung mindestens billigend in Kauf nimmt.

Die Dynamik des Konfliktes treibt eindeutig und mit großer Geschwindigkeit zu Krieg (womit ich nicht sagen will, dass in der Region jetzt Frieden herrscht). Ob dieser ein regionales Scharmützel bleibt (das sicher auch ausgesprochen blutig und opferreich sein wird) ist angesichts der Konfrontationspolitik der NATO und der wahrscheinlichen Reaktionen Russland durchaus unwahrscheinlich.

Was ist jetzt notwendig?

Die Friedensbewegung ist gefordert, aufzuklären und mit Aktionen für Frieden, Abrüstung in der Region, für Dialog und eine politische Lösung, aktiv einzugreifen.

Eine europäische Friedensordnung, die natürlich Russland einbezieht, auf der Basis der Politik der gemeinsamen Sicherheit. Dies ist die Alternative zur Krieg und Konfrontation.

Als erster Schritt sollte es ein „zurück zur Diplomatie geben“. Erforderlich wäre angesichts der drohenden Eskalation, dass die Bundesregierung ihre diplomatischen Anstrengungen für eine schnelle Deeskalation verstärkt und einer weiteren Zuspitzung im Verhältnis zwischen NATO und Russland entgegenwirkt. Deutschland darf nicht noch mehr zum zentralen Aufmarschgebiet der NATO (Büchel, Ramstein, Ulm), zur Entwicklung einer Drohkulisse gegen Russland werden. Ein zurück (oder besser vorwärts) zu einer Politik der „gemeinsamen Sicherheit“ ist dringend erforderlich.

Dabei gilt es auch die Rolle der OSZE zu stärken.

Selensky lehnt Minsker Abkommen erneut ab, aber kein Wort in den Medien

Das Minsker Abkommen wurde 2015 zwischen den selbst ernannten Republiken im Osten der Ukraine und Kiew abgeschlossen, wobei Russland, Deutschland und Frankreich als Garanten des Abkommens aufgetreten sind. Russland wird in dem Abkommen mit keinem Wort erwähnt und auch Forderungen an Russland sind in dem Abkommen nicht gestellt. Trotzdem verkünden westliche Medien und Politiker seitdem, Russland müsse das Abkommen einhalten, damit die Sanktionen gelockert werden können. Dass es Kiew ist, das seit 2015 konsequent gegen 10 der 13 Punkte des Abkommens verstößt, wird verschwiegen. [...]

Daran hat auch das letzte Treffen im Normandie-Format in Paris Ende 2019 nichts geändert. Man war sich dort einig, dass man sich nicht einig ist und schon kurz nach dem Treffen hat Kiew die wenigen dort getroffenen Absprachen wieder in Frage gestellt. In Kiew wird inzwischen offen gesagt, dass man das Minsker Abkommen für erledigt hält. Proteste aus Berlin oder Paris gibt es keine.

Nun hat Selensky wieder nachgelegt. Er fordert schon lange, das Normandie-Format bestehend aus Deutschland, Russland, Frankreich und der Ukraine zu erweitern und die USA und Großbritannien aufzunehmen. Diese Tricks bringen allerdings nichts, denn am Ende muss sich Kiew trotzdem mit den Menschen im Osten seines Landes einigen und nicht mit Washington oder London. [...]

Man beachte: Die eigentlich selbstverständliche Variante, einfach das bestehende Abkommen umzusetzen, steht für Selensky gar nicht mehr zur Debatte. Das Abkommen soll entweder einseitig zu Kiews Gunsten verändert werden, oder vollkommen unter den Tisch fallen. Und was er mit einem „anderen Format“ meinte, hat er auch gesagt: Er will nun die USA, Großbritannien und auch noch Kanada in das neue Format holen.

Wie unsinnig das ist, wird klar, wenn man sich vorstellt, die Rebellen würden im Gegenzug fordern, China, Weißrussland und den Iran mit an den Tisch zu holen. Eine Vergrößerung der Gesprächsrunde macht Gespräche schwieriger, nicht einfacher oder gar schneller. [...]

Aber den USA ist das nur recht, denn solange der Krieg andauert, kann man ihn medial gegen Russland verwenden und Russland mit einem Krieg direkt an seinen Grenzen schwächen. Und da Kiew nur den Willen der USA ausführt, führen alle Vorschläge aus Kiew nicht zu einer Lösung des Konflikts, sondern nur dazu, ihn für die Ewigkeit einzufrieren, damit die USA ihn bei Bedarf jederzeit gegen Russland einsetzen und verschärfen können.

Interessant ist die Frage, wann die westlichen Medien umschwenken und uns mitteilen, dass das Minsker Abkommen, auf das sie sich seit sechs Jahren berufen, sich erledigt hat.

Meine Vermutung ist, dass wir das spätestens Ende des Jahres erleben werden, wenn Merkel nicht mehr Kanzlerin ist. Ihre Nachfolgerin wird das Minsker Format dann für gescheitert erklären. Die Folgen für die Menschen im Donbass kann man sich kaum ausmalen...

Quelle: *Anti-Spiegel* (Thomas Röper) – 26.4.21

Nazis in der Ukraine – eine extrem gefährliche Traditionspflege

von Bruce K. Gagnon (USA) – Übersetzung: Redaktion Friedensjournal

Der englische Originalbeitrag wurde am 6.4.21 als Fotoreportage auf space4peace.blogspot.com veröffentlicht.



Während des Zweiten Weltkriegs, als Hitlers Nazi-Truppen in die Westukraine einmarschierten, zog Stephan Bandera eine Nazi-Uniform an und führte seine Anhänger bei den Angriffen auf Juden und ihre Mitbürger an. Heute verehren die Nazi-Nachfahren von Bandera in der Westukraine immer noch ihn und glauben, sie hätten das Recht, ukrainische Bürger zu töten, um eine Nazi-Diktatur in der

der langjährigen russischen Marinestützpunkt in Sewastopol, die NATO hatte jede Absicht, zu packen und in eine US-NATO-Basis zu verwandeln wahr.

Die Krim war seit 1785 Teil von Russland. Die Bürger der Krim organisierten schnell ein öffentliches Referendum, um zu entscheiden, ob sie in die Russische Föderation zurückkehren wollten. Die Abstimmung fiel mit überwältigender Mehrheit zugunsten einer Rückkehr zu Russland aus. In westlichen Medien wurde berichtet, dass Russland auf der Krim einmarschiert sei. Aber in der Tat durch einen Vertrag mit der Ukraine Russland hatte das Recht, 25.000 Truppen dort zu haben, noch bevor der Putsch in Kiew passiert.

nannt wird. Sie bewaffneten sich mit dem, was sie konnten, um ihre Familien gegen die Angriffe der Todesschwadronen zu verteidigen. Seit 2014 wurden über 14.000 Menschen (meist Zivilisten) von der von den USA unterstützten Marionettenregierung in Kiew getötet. Schließlich begann Russland, die Selbstverteidigungskräfte im Donbass zu bewaffnen. Trotz der Behauptungen der westlichen Medien ist Russland nie in den Donbass einmarschiert.

In der Stadt Odessa (am Schwarzen Meer, wo die USA heute einen Marinestützpunkt bauen) führten friedliche Demonstranten am 2. Mai 2014 eine Petition in einem öffentlichen Park vor dem Gewerkschaftshaus durch. Nazis wurden mit Bussen aus der Westukraine nach Odessa gebracht und griffen die Zelte an, die für die Petitionskampagne genutzt wurden, und brannten sie nieder. Aus Angst um ihr Leben rannten die Bürger ins Innere des Gewerkschaftshauses, um Schutz zu suchen.

Die Aktivisten im Inneren des Gebäudes öffneten die Fenster der Trades Hall, was es noch einfacher machte, die Molotowcocktails in das Gebäude zu werfen. Einige der Nazis hatten Gewehre und schossen auf die Aktivisten und andere, die mit Holzschlägern und Stahlstangen bewaffnet waren, schlugen die Leute, die es wagten, sich auf den Boden zu werfen. Die Nazis hinderten die örtliche Feuerwehr daran, zum Tatort zu gelangen, und Bilder zeigten die Polizei hinter dem Gewerkschaftshaus, die während des gesamten Verbrechens nichts unternahm. Offensichtlich hatte jemand die Polizei angewiesen, sich zurückzuhalten.

Die Zahl der Toten am 2. Mai 2014 ist immer noch unbekannt, aber Zahlen von 50 bis zu mehreren Hundert deuten darauf hin, dass die Aktivisten im Inneren des Gebäudes entweder an diesem Tag getötet oder weggebracht und in Kiew's Kerker gesteckt wurden. Von vielen hat man nie wieder etwas gehört - ihre Leichen wurden nie gefunden. Mütter der Getöteten/Ver schwundenen haben internationale Untersuchungen gefordert. Keine hat



Fotos: B.G. Gagnon

Hauptstadt Kiew zu errichten.

Die USA orchestrierten den 'Maidan'-Putsch in Kiew vom 30. November 2013 bis Februar 2014. Der Putsch wurde Jahre im Voraus mit großen US-Investitionen in ukrainische NGOs vorbereitet, die für die Organisation der Veranstaltungen genutzt wurden. CIA, USAID, National Endowment for Democracy und George Soros' Open Society Foundation waren alle stark an der "farbigen Revolution" beteiligt.

Die Menschen auf der Krim, die all die Gewalt und den Wahnsinn auf dem "Maidan" in Kiew beobachteten, wussten, dass die radikalen Nazi-Elemente bald kommen würden, um auch ihre Städte zu erobern. Dies war wegen

Nach dem Putsch war eines der ersten Dinge, die die neue rechte Regierung in Kiew (unterstützt von der starken Kraft der Nazi-Todesschwadronen) tat, das Sprechen der russischen Sprache in der Ukraine für illegal zu erklären. Diese absurde Idee zog friedliche Märsche und Unterschriftensammlungen in den russischstämmigen Teilen der Ostukraine nach sich. Sofort wurden diese gewaltlosen Proteste von den Nazi-Todesschwadronen mit voller Unterstützung der neuen Regierung angegriffen.

Der stärkste Widerstand gegen die Nazifizierung der Ukraine kam aus der Kohlebergbauregion im Osten der Ukraine - dem Gebiet, das Donbass ge-



jemals stattgefunden und keine einzige Person wurde jemals für diese Morde verhaftet oder angeklagt, obwohl es massive Bild- und Videobeweise gibt.

Die USA gründeten eine militärische Ausbildungsbasis in der Westuk-

raine (wo die Nazis vorherrschten) und Army Special Forces von Ft. Carson, Colorado wurden wiederholt zu dieser Basis zeitweise stationiert, um diese Nazi-Kräfte zu trainieren. (Ich wusste davon, weil der Sohn eines meiner Freunde von Ft. Carson zu diesem Stützpunkt geschickt wurde.) Nach der Ausbildung wurden die Truppen geschickt, um ihre ukrainischen Mitbürger im Donbass anzugreifen.

Russland, Deutschland und Frankreich zwangen die ukrainische Regierung, die Minsker Abkommen mit den Donbass-Republicen in Donezk und

Lugansk auszuhandeln. Die Idee war, den beiden russischstämmigen Republicen eine lokale Autonomie zu geben, in der sie Teil der Ukraine bleiben würden, aber selbst entscheiden dürften, welche Sprache sie sprechen und andere lokale politische Entscheidungen treffen würden. Das Abkommen sah auch einen Waffenstillstand und eine Reduzierung der Spannungen vor. Die Kiewer Regierung, die immer noch von Washington bewaffnet, ausgebildet und gelenkt wird, hat sich bis heute nicht an die Minsker Vereinbarungen gehalten. Stattdessen hat sie die Dörfer in der Ostukraine beschossen.

Der Bundestag und die Kriegsgefahr in der Ost-Ukraine

von Ulrich Heyden, Moskau – Nachdenkseiten (27.4.21)

Der russische Verteidigungsminister Sergej Schojgu hat die Manöver an der russisch-ukrainischen Grenze am 22. April zwar für beendet erklärt, doch unter russischen Spitzenbeamten und Politologen mehren sich die Stimmen, die Kiew mit einer schnellen und harten Maßnahme drohen, sollte die ukrainische Armee die Volksrepubliken Donezk und Lugansk angreifen.

Ebenfalls am 22. April gab es im Bundestag eine „Aktuelle Stunde“ zum Thema „Wachsende Gefahr einer Eskalation in der Ostukraine“. Die Redner von SPD, CDU/CSU, FDP und Die Grünen waren sich einig: In scharfen Worten verurteilte man „die Eskalation von Seiten Russlands“ in der Ost-Ukraine und forderte „Solidarität mit der Ukraine“. Vertreter von Die LINKE und AfD machten bei dieser Einseitigkeit nicht mit und setzten eigene Akzente. [...]

Auffällig war, dass keiner der Redner in der Bundestagsdebatte auf die Einzelheiten des Minsker Abkommens einging. So ersparten es sich die Redner, fair zu analysieren, wer das Minsker Abkommen seit 2015 konsequent boykottiert. [...]

Doch das Schlimmste ist, dass führende Politiker der Ukraine die „Nützlichkeit“ des Abkommens von Minsk für die Ukraine öffentlich infrage stellen und seit Monaten zusätzliche Forderungen stellen. So will Kiew durchsetzen, dass die Wahlen in den Gebieten um Donezk und Lugansk erst stattfinden, nachdem ukrainische Grenzbeamte die Kontrolle der Grenze zwischen Russland und den abtrünnigen Gebieten übernommen haben. [...]

Welche Strategie hat die ukrainische Militärführung?

Am 25. März billigte Präsident Wolodymyr Selenski die neue ukrainische Militärdoktrin. In dem Dokument heißt es, die Ukraine habe nicht genug Geld, um mit Russland eine militärische Kräfte-Parität zu erreichen. Alle Hoffnungen lägen auf der Hilfe durch Nato-Länder.

Der Einsatz der Armee sei gerechtfertigt, wenn es „einen von außerhalb provozierten und unterstützten militärischen Konflikt auf dem Territorium der Ukraine gibt“, heißt es in dem Dokument.

Nach dieser Logik wäre ein Angriff der ukrainischen Armee auf die Volksrepubliken schon jetzt gerechtfertigt. [...] Kiews militärische Strategie ist darauf ausgerichtet, westliche Staaten in den Konflikt mit Russland hineinzuziehen.

Der Erfolg der ukrainischen Strategie hänge ab „von der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Unterstützung der Ukraine durch die internationale Gemeinschaft in der geopolitischen Auseinandersetzung mit der Russischen Föderation.“ Kiew sei auch bereit zu kämpfen, „wenn die Ukraine in einen internationalen militärischen Konflikt, insbesondere zwischen Staaten mit Nuklearwaffen“, gerät. [...]

Bis Februar 2021 hatten mehr als 600.000 Einwohner der Volksrepubliken russische Pässe erhalten.

Der russische Präsident Wladimir Putin erklärte am 21. April in seiner Rede vor der Föderalen Versammlung zum Verhältnis Russlands zum Westen, wenn „eine rote Linie überschritten wird, die wir selbst festlegen, wird die Antwort asymmetrisch, schnell und hart sein“. [...]

Warum macht man um die Volksrepubliken einen Bogen?

Merkwürdig fand ich, dass die Rednerin der Partei Die LINKE [Heike Hänsel] in der Bundestagsdebatte zwar vom berechtigten Sicherheitsbedürfnis Russlands sprach, aber mit keinem Wort das Sicherheitsbedürfnis der Menschen in den Volksrepubliken erwähnte.

Leider ist dieses „Aussparen“ der Volksrepubliken mit ihren 3,6 Millionen Einwohnern nicht neu. Offenbar fürchten die Abgeordneten der LINKEN, wieder in das Schussfeld deutscher Medien zu kommen, die jede bekannte Person, welche die Krim oder die Volksrepubliken besucht, als Unterstützer des „Putin-Regimes“ und der „Warlords im Donbass“ an den Pranger stellt. [...]

US-Militärbasen in Europa und die Großmanöver Defender Europe

von Karl-Heinz Peil, Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.

NATO-Russland-Grundakte und US-Militärpräsenz

Immer noch gültig ist der Vertrag zwischen der NATO und Russland von 1997, der eine vertrauensvolle Zusammenarbeit als Grundprinzip fest schreibt. Die darin formulierte Beschränkung der NATO bezüglich Osteuropa, dass dort keine „zusätzlich substanzielle Kampftruppen dauerhaft stationiert“ werden, gilt noch heute. Allerdings mit einer trickreichen Auslegung seitens der NATO, die nach der Ukraine-Krise 2014 eingeführt wurde. Tausende von US-Soldaten sind quasi permanent an der russischen Westgrenze bzw. dessen geographische Nähe stationiert, auch wenn diese im Zyklus von sechs bis neun Monaten per Rotationsprinzip ausgetauscht werden. Dazu wurde auch die Infrastruktur für das US-Militär in den östlichen NATO-Staaten systematisch ausgebaut. Damit sind diese ebenso wie die NATO-Beitrittskandidaten Ukraine und Georgien an der Südgrenze Russlands mittlerweile in das weltweite Netz von US-Militärbasen einbezogen.

US-Militärbasen weltweit – auch an Russlands Grenzen

Bis zum Haushaltsjahr 2018 wurde jährlich vom Pentagon eine Liste der weltweit vorhandenen US-Militärbasen vorgelegt. (Dass diese Reports seitdem nicht mehr publiziert werden, hat einen einfachen Grund: Donald Trump). Gemäß der vorliegenden Chronologie dieser „Base Structure Reports“ ergibt sich eine zuletzt ausgewiesene Gesamtzahl von 514 unter der Rubrik „Overseas“, wozu jedoch die unter der Rubrik „US Territories“ aufgeführten 111 Militärbasen hinzugefügt werden müssen, da diese Gebiete sich quasi im halb-kolonialen Status befinden. Die Gesamtzahl der vom Pentagon definierten „Installations“ beinhaltet jedoch einige Mehrfachzählungen von Standorten aufgrund verschiedener Einzelfunktionen und Einrichtungen, die wohl nur für Militärs nachvollziehbar ist. Zudem sind einige Standorte aufgeführt, die man prinzipiell nicht

als US-Militärbasen bezeichnen kann, aber eine wesentliche US-Präsenz aufweisen, wie z.B. der Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel.

Während die Auflistung für die wichtigsten Stationierungsländer Deutschland, Südkorea und Japan wahrscheinlich vollständig ist, fehlen manche Regionen weitestgehend. Dieses gilt vor allem für Osteuropa und Afrika. Die Gesamtzahl der US-Militärbasen außerhalb der USA weltweit kann man unter Bezug auf die Recherchen von David Vine aus den USA auf ca. 800 ansetzen. Wichtiger ist aber als Kenngröße, dass alle anderen Länder über weniger als 5% der Militärbasen auf fremden oder Übersee-Territorien verfügen, wobei die NATO-Länder Frankreich und Großbritannien wiederum den überwiegenden Anteil stellen.

Der investigative US-Journalist Nick Turse formulierte es in einem Beitrag für das Onlinemedium Counterpunch im Januar 2019 mit folgender Überschrift: „Bases, Bases, Everywhere ... Except in the Pentagon's Report“.

Osteuropa taucht dort zuletzt nur auf mit dem Truppenübungsplatz Novo Selo in Bulgarien, sowie dem dreifach genannten Standort Mihail Kogalniceanu in Rumänien. Die einzige „richtige“ US-Militärbasis in Osteuropa fehlt hingegen: Camp Bondsteel im Kosovo.

Nick Turse berichtete bereits im Oktober 2017, dass US-Spezialeinheiten in dem Zeitraum ab 2015 in fast jedem osteuropäischen Land und südlich angrenzenden Ländern entlang den russischen Grenzen stationiert worden seien. Namentlich genannt werden dabei das Baltikum, Polen, Rumänien, die Ukraine und Georgien. Als Quelle diente dabei die offizielle Homepage des *US Special Operations Command (US SOCOMM)*.

Eine Grauzone sind Labore für Biowaffen, in denen unter anderem künstlich geschaffene Viren getestet werden. Beispielsweise ist bereits seit einer Regierungsvereinbarung von 2002 in Georgien unweit der von den USA genutzten *Vaziani Military Base* das *Lugar-Center* als biologisches Hochsi-

cherheitslabor in Betrieb, das in der Vergangenheit bereits mehrmals im Verdacht stand, an der Freisetzung von Erregern für Infektionskrankheiten beteiligt gewesen zu sein.

Pentagon-Kategorien für militärische Präsenz

Im Sprachgebrauch des Pentagons gibt es mehrere Begrifflichkeiten für die Arten von Militärbasen bzw. -standorten. Diese sind umschrieben mit „Main operating base (MOB)“, „Forward operating base (FOB)“, „Forward operating site (FOS)“ und „Cooperative security location (CSL)“.

Die in den letzten Jahren entstandenen oder im Aufbau befindlichen US-Militärbasen lassen sich gemäß dieser Systematik und den dazu verfügbaren Definitionen nur bedingt zuordnen.

Als Hauptstützpunkte in Europa (MOB) – auch für die Logistik nach Osteuropa – sind in jedem Fall die Ramstein Air Base sowie die Sigonella Air Base in Sizilien anzusehen.

Dem entsprechend wurden in Osteuropa einige Flugzeuglandeplätze für US-Transportzwecke (FOB) ausgebaut.

Zahlreiche Truppenübungsplätze in Osteuropa können mittlerweile der FOS-Kategorie zugehörig angesehen werden, die sich vor allem auf rotierende Truppenkontingente bezieht.

Mit den baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland wurden 2019 zeitversetzt und unabhängig voneinander 5-Jahresverträge zum Ausbau von Standorten abgeschlossen.

Defender Europe: US- oder NATO-Großmanöver?

Die Etikettierung dieser Großmanöver ist interpretationsfähig. Festzuhalten ist im einzelnen für Defender Europe 2021:

→ Beteiligt sind ca. 28.000 Soldaten, zumeist aus den USA.

→ 26 Nationen sind an den Übungen beteiligt, darunter auch die Ukraine und der Kosovo als Nicht-NATO-Länder.

→ 31 Truppenübungsplätze in 12 Ländern werden belegt.

→ Defender 2021 ist nur der Sammelbegriff für eine Reihe von Einzelübungen, mit Namen wie „Immediate Response“, „Saber Guardian“ oder „Swift Response“.

→ Die logistische Unterstützung erfolgt über 16 Staaten, darunter 12 Staaten via Flughäfen und 5 Staaten via Seehäfen.

Die Kosten seitens der USA werden gemäß Haushaltsansatz des Pentagons mit ca. 400 Mio. US-Dollar veranschlagt. Die anderen Nationen sind mit vergleichsweise gering ausgewiesenen Kosten beteiligt.

Nicht in diesen Kosten enthalten ist aber der Ausbau von zahlreichen nationalen Militärbasen in Europa für Zwecke einer faktischen Dauerpräsenz des US-Militärs.

Dazu gehören nicht nur die Militärbasen in Osteuropa, sondern auch Standorte in Deutschland. Vor allem Ramstein dient als logistisches Zentrum für die umfangreichen Lufttransporte in den Mittleren Osten und nach

Osteuropa. Hinzuzählen muss man dabei auch die Städte Kaiserslautern und Mannheim, wo umfangreiche Logistikflächen auf militärischen Liegenschaften blockiert sind. Diese sind zum Leidwesen der Kommunen nicht als dringend benötigte Konversionsflächen für innerstädtische Wohn- und Gewerbegebiete verfügbar.

Was gleichfalls in der Kostenbilanz fehlt, ist der Ausbau von Transportwegen. Dieses wiederum wird über ein bereits 2018 von der EU-Kommission konzipiertes Programm finanziert, mit dem ab 2021 pro Jahr 1,7 Mrd. Euro für „Militärische Mobilität“ vorgesehen sind. Damit soll das transeuropäische Verkehrsnetz für Militärtransporte ertüchtigt werden.

Fazit

Auch wenn die NATO-Russland-Grundakte von 1997 offiziell noch Bestand hat, wurde diese spätestens seit der Ukraine-Krise 2014 schrittweise ausgehöhlt. Seitens der NATO werden dabei vertragliche Grauzonen geschickt genutzt. Der Ausbau der militä-

rischen Infrastruktur für NATO-Dauerpräsenz und -Großmanöver erfolgt nicht über NATO-Gremien bzw. Vereinbarungen mit den Mitgliedsländern in Osteuropa, sondern gestückelt in bilateralen Verträgen der USA mit den dortigen NATO-Ländern, sowie den Nicht-NATO-Ländern Ukraine und Georgien. Bezüglich der NATO-Russland-Grundakte vermeidet man damit einen offenen Vertragsbruch, ermöglicht aber unter US-Regie die seit 2020 jährlich vorgesehenen Großmanöver Defender Europe.

Die Kostenrechnung des Pentagons ist dabei vergleichbar mit der eines Autobesitzers, der für seinen Luxuswagen zwar die Benzin- und Werkstattkosten detailliert auflistet, jedoch die Hauptkosten unterschlägt, nämlich den (Wieder-)Beschaffungswert und die von seinem Gefährt verursachten, aber staatlich zu tragenden Infrastruktur- und Umweltkosten.

Detaillierte Hinweise zu den verwendeten Quellen und weitere Hinweise finden sich Online auf der Homepage der Friedens- und Zukunftswerkstatt.



Länder, in denen neue Logistikzentren für Defender 21 eingerichtet werden:

- Albanien
- Kroatien
- Griechenland
- Montenegro
- Slowenien

Länder, in denen mehr als 1.200 Ausrüstungen aus den USA eingeschifft werden:

- Albanien
- Kroatien
- Griechenland
- Deutschland
- Slowenien

Balkanländer:

- SI Slowenien
- BA Bosnien-Herzegowina
- HR Kroatien
- AL Albanien
- ME Montenegro
- NMK Nord-Mazedonien

Länder, die in Defender 21 mit Übungen auf ihrem Territorium einbezogen sind.

Grafik: FriedensJournal

Nein zu Rassismus, Antisemitismus, Feindbildproduktion und Geschichtsklitterung!

Ein Positionspapier von attac-AG Europa und attac-AG Globalisierung und Krieg

Anmerkung der Redaktion:

Der nachfolgende Text wurde bereits zum Jahrestag der Befreiung von Auschwitz veröffentlicht, ist aber in selbiger Weise passend zu anderen historischen Daten, wie den 8. Mai 1945 und den 22. Juni 1941.

Am 27. Januar 1945 wurde Auschwitz von der Roten Armee befreit. Das Lager war Teil des Mordsystems des deutschen Faschismus und ist seither Symbol für das singuläre Menschheitsverbrechen des Holocaust an den Juden. Auschwitz steht auch für alle anderen Menschen, „die der Nationalsozialismus planmäßig ermordete oder noch vernichten wollte,“ wie es im Gesetz zum Gedenktag von 1996 heißt, Sinti, Roma, Behinderte, sowjetische Kriegsgefangene, unzählige Zivilisten Osteuropas, die in den Vernichtungslagern zu „Untermenschen“ degradiert, versklavt und ermordet wurden. Die Erinnerung darf nicht enden und muss für die heutigen Generationen zur Wachsamkeit gegen alle Tendenzen mahnen, die zu Auschwitz geführt haben, was gerade in Anbetracht des erschreckenden Ausmaßes an menschenverachtenden Ideologien und Rechtsterrorismus wichtiger denn je ist. Deshalb engagieren wir uns aktiv im Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Rechtsentwicklung, Neofaschismus und soziale Ungleichheit.

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

Uns treibt um, dass die Lehren aus der Vergangenheit zunehmend verblassen oder gar für andere Zwecke instrumentalisiert werden. Bereits der skrupellose Missbrauch von Auschwitz zur Rechtfertigung des völkerrechtswidrigen Krieges gegen Jugoslawien 1999 durch den damaligen Außenminister Joschka Fischer war eine schockierende Relativierung des Holocaust. Daran schloss sich mit der Sezession des Kosovo erstmals nach 1945 in Europa eine Grenzveränderung durch militärische Gewalt an.

Gleichzeitig zerstörte die Ostexpansion der NATO die Chancen auf eine Zone der Sicherheit und Kooperation von Lissabon bis Wladiwostok. Russland wurde – lange vor der Ukraine-Krise – wieder das Image eines Feindes verpasst. Gegenwärtig erleben wir, wie Ähnliches mit China geschieht und in atemberaubendem Tempo die Bühne für einen Kalten Krieg 2.0. bereitet wird. Daneben wird weiterhin das Feindbild Islam ausgebaut – ein außerordentlich nützliches Feindbild für die Kriege im Nahen Osten und in Nordafrika.

Waffen, Rüstungsproduktion und Armeen sind notwendige Grundlagen für Krieg. Ein wesentlicher Treiber der Gewalt unter kapitalistischen Bedingungen ist dabei die weltweite Jagd nach Rohstoffen und immer neuen Profitquellen, Krieg als Fortsetzung der Profitmaximierung mit militärischen Mitteln. Aber immer hängt die Bereitschaft einer Bevölkerung zu Konfrontation und Krieg auch von den entsprechenden Feindbildern ab.

Feindbilder – ideologische Grundlage für Konfrontation und Aggressionsbereitschaft

Feindbilder zeichnen sich durch eine simple, binäre Weltsicht aus. Der Feind wird als vollkommen böse dargestellt, und wir sind die Guten. Gegenwärtig verläuft die Berichterstattung über Russland und neuerdings auch über China prinzipiell nach dem gleichen Muster. Die Zwischentöne zwischen absolut Böse und Gut werden ausgeblendet. Mit der Zeit verfestigen sich so die Feindbilder.

Ein typisches Resultat dafür bringt im Zusammenhang mit dem russischen Corona-Impfstoff DIE WELT auf den Begriff; „Auch wenn ein russische Produkt im internationalen Wettbewerb mithalten kann, der Stempel des Russischen ist und bleibt ein Makel.“ (4.11.2020; S. 10). Die Qualität einer solchen Feststellung erschließt sich in voller Tragweite, wenn man sich vorstellt, anstelle von russisch stünde amerikanisch oder gar israelisch.

Die meisten großen Medien sind Teil dieser Dynamik. Sobald es um die „äußeren Feinde“ geht, betreiben sie häufig staatstragende Hofberichterstattung und stellen kaum mehr kritische Fragen. Unüberprüfbare Verlautbarungen von Geheimdiensten werden plötzlich zu Quellen unhinterfragter Wahrheit. Jüngste Beispiele sind die grotesken Inszenierungen um die Fälle Skripal und Nawalny.

Kein Feindbild ohne idealisiertes Selbstbild

Zum Feindbild gehört immer auch ein idealisiertes Selbstbild. Wir sind die Guten, böse sind die anderen. Das Schema wird dann gern noch emotional durch Patriotismus untermauert. Da Patriotismus hierzulande aber zu recht ziemlich diskreditiert ist, gibt es zunehmend Versuche, die Sache als Europatriotismus zu verpacken.

Wer von Patriotismus nicht reden will, spricht lieber von „europäischen“ Werten. Aber auch das läuft auf eurozentristisches Überlegenheitsdenken hinaus. Natürlich haben Werte wie Demokratie und Menschenrechte – inklusive die der zweiten Generation, der ökonomischen, sozialen und kulturellen Menschenrechte – als normative Leitbilder universelle Geltung. Aber gerade diese universelle Geltung wird ausgehebelt, wenn sie in den internationalen Beziehungen selektiv gehandhabt und für geopolitische Interessen instrumentalisiert wird. Im Vergleich zu Saudi-Arabien steht Russland bei Demokratie und Menschenrechten ganz anders da. Dennoch werden zu Riad enge wirtschaftliche, politische und militärische Beziehungen gepflegt, während gegen Moskau Kalter Krieg geführt wird.

Geschichtsfälschung

Teil von Feind- und Selbstbildproduktion war schon immer Geschichtspolitik, d.h. die Manipulation der historischen Wahrheit. Mit Erschrecken stellen wir fest, dass auch die EU beim Zweiten Weltkrieg mit seinen über 70 Millionen Toten, davon 27 Millionen

Sowjetbürger, Geschichtsfälschung betreibt.

So z.B. in der Erklärung „Bedeutung der Erinnerung an die europäische Vergangenheit für die Zukunft Europas“ des Europaparlaments vom 19.09.2019, in dem der Zweite Weltkrieg zu einem Gemeinschaftsprojekt von Hitler und Stalin verfälscht wird. Das ist eine skandalöse Relativierung der deutschen Verantwortung für den Krieg. Auch in Dokumenten von Kommission und Rat finden sich ähnliche Fälschungen.

Die Geschichte des Zweiten Weltkriegs ist gründlich erforscht und dokumentiert. Die Belege dafür, dass Hitler von Anfang an auf Krieg zusteuerte, um die Ergebnisse des Ersten Weltkriegs zu revidieren und Osteuropa für „die Herrenrasse“ und „das Volk ohne Raum“ zu unterwerfen, sind erdrückend. Die Beweiskette reicht u.a. von seinem Machwerk „Mein Kampf“ und der Wahndee von der jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung, über die massive Aufrüstung nach 1933, das Eingreifen der „Legion Condor“ auf Seiten der Truppen des faschistischen Generals Franco gegen die gewählte Re-

gierung in Spanien 1936-1939, die Annexion Österreichs im März 1938, die Besetzung des Sudetenlandes im Oktober 1938, der Frankreich und England im Münchener Abkommen zugestimmt hatten, die Zerschlagung der Tschechoslowakei bis zum Beschluss über den Überfall auf Polen im Mai 1939. Auch in den Nürnberger Prozessen wurde die Alleinschuld Deutschlands eindeutig nachgewiesen.

Man muss kein Historiker sein, um zu erkennen, dass die Behauptung in der Resolution des EU-Parlaments, Hitler und Stalin hätten durch den Nichtangriffspakt, den sie acht Tage vor Kriegsbeginn abschlossen, die Weichen für den Zweiten Weltkrieg gestellt, die Vorgeschichte des Krieges auf absurde Weise verfälscht.



Propaganda-Postkarte aus Österreich-Ungarn 1914, Quelle: Wikimedia

Friedenspolitik statt Kalter Krieg

Vor dem Hintergrund der dramatischen Umbrüche im Internationalen System, der neuerlichen Zunahme der Atomkriegsgefahr durch die Kündigung der Rüstungskontrollabkommen und neue Technologien – Stichwort: Digitalisierung, Hyperschallwaffen, Drohnen – sowie der globalen Herausforderungen durch Pandemien, wachsende Armut und wachsenden Reichtum, Klimakrise und Verlust der biologischen Vielfalt ist ein neuer Kalter Krieg purer Wahnsinn. Friedliche Koexistenz, vertrauensbildende Maßnahmen, Völkerrecht und Menschenrechte, internationale Kooperation und Abrüstungsschritte sind Voraussetzungen, die globalen Probleme zu meistern.

Notwendig sind breite solidarische, antirassistische und antifaschistische Bündnisse im Kampf gegen soziale Ungleichheit, Privatisierung, Militarisierung und Überwachung sowie für eine Stärkung der Grundrechte und konsequente Umwelt- und Klimagerechtigkeit.

Deutscher Botschafter sorgt mit Äußerung über Nato-Bombenangriffe auf Jugoslawien für Empörung

Die Äußerungen des deutschen Botschafters in Belgrad Thomas Schieb über die angebliche Notwendigkeit der Nato-Bombenangriffe auf Serbien während des Kosovokrieges haben unter den serbischen Politikern für Empörung gesorgt. [...]

Der serbische Minister für Innovationen und technologische Entwicklung, Nenad Popović, stuft die Worte von Schieb als durchaus zynisch ein [...]

Ein Zeichen von „besonderer Heimtücke“ sei für ihn, dass Schiebs Äußerung in den Tagen erfolgt sei, wo das serbische Volk des 80. Jahrestages der Bombardierung Belgrads während des Zweiten Weltkriegs gedenke, so Popović. Dies sei ein Versuch der Geschichtsfälschung seitens eines deutschen Vertreters.

„Ich möchte Botschafter Schieb daran erinnern, dass das serbische Volk sowohl im Ersten als auch im Zweiten Weltkrieg einen Genozid erlitt, der von den Deutschen ausgeführt wurde“, fügte er hinzu und forderte den deutschen Botschafter auf, sich zu entschuldigen.

Auch der serbische Innenminister und Ex-Verteidigungsminister, Aleksandar Vulin, verwies auf den 80. Jahrestag der Bombardements Serbiens im Zweiten Weltkrieg, bei denen

Zehntausende Einwohner von Belgrad ums Leben gekommen waren. Ein deutscher Botschafter hätte zu einem solchen Zeitpunkt Friedhöfe, wo die Opfer bestattet worden seien, besuchen und Kränze niederlegen sollen, äußerte er. [...]

„Die Bombardierungen Serbiens im Jahr 1941 ist ein Verbrechen, die Bombardierungen Serbiens im Jahr 1999 ist ein Verbrechen“, betonte der serbische Politiker.

„Nach zwei Weltkriegen, aus Befürchtung, dass ein vereinigtes Deutschland seine Verbrechen wiederholen könnte, verbot die Verfassung dieses Landes den Einsatz der Armee im Ausland. Die Bombardierungen der Bundesrepublik Jugoslawien zeigten, dass diese Befürchtung durchaus begründet war“, fuhr Vulin fort.

Der Nato-Militäreinsatz gegen die damalige Bundesrepublik Jugoslawien hatte am 24. März 1999 begonnen und 78 Tage gedauert. Als Hauptgrund für die sogenannte Operation Allied Force galt laut der Führung des nordatlantischen Bündnisses „die Verhinderung des Völkermordes an der albanischen Bevölkerung im Kosovo“. [...]

Nach serbischen Angaben wurden bei den Luftangriffen 3500 bis 4000 Menschen getötet und etwa 10.000 weitere verletzt, zwei Drittel davon Zivilisten. Der materielle Schaden habe sich auf bis zu 100 Milliarden US-Dollar belaufen.

Quelle: SNAnews (8.4.21)

Europas Wind, Chinas Sturm und koloniale Geschichte

von Peter Wahl, WEED

Beijings neuer Umgang mit westlichen Sanktionen lässt die geopolitischen Veränderungen erahnen

Am Montag hätte er keine Zeit, erklärte der chinesische Botschafter in Paris, Lu Shaye, nachdem ihn das Ministère de l'Europe et des Affaires étrangères just für diesen Tag einbestellt hatte. Und das, obwohl umgekehrt der EU-Botschafter in Beijing mitten in der Nacht ins Außenministerium zitiert worden war. Erst am Dienstag begab Lu sich dann an den Quai d'Orsay, um "bei der französischen Seite wegen der Sanktionen der EU" gegen China vorstellig zu werden. Diese im diplomatischen Verkehr ungewöhnliche Demonstration von Selbstbewusstsein signalisiert einen neuen Umgang Chinas mit der Sanktionspolitik des Westens.

Bekanntlich hatte die EU im März erstmals den im Dezember verabschiedeten Sanktionsmechanismus, das Pendant zum sogenannten Magnitsky-Act der USA, aktiviert und vier chinesische Partei- und Staatsfunktionäre aus der Region Xingiang mit Einreiseverbot und der Beschlagnahmung ihrer Vermögen in der EU – so es sie denn gibt – belegt.

Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass die Aktion vorher mit den USA, Großbritannien und Kanada abgestimmt war, die gleichartige Sanktionen verhängten. Ein klares Signal, dass in dem sich anbahnenden Kalten Krieg Lagerbildung betrieben wird.

Asymmetrische Reaktion Beijings

Die chinesische Reaktion sorgte dann aber für Überraschung. Bisher verliefen solche Operationen symmetrisch, wie man es aus den Spannungen mit Russland kennt: Berlin weist vier russische Diplomaten aus, ein paar Tage später müssen vier deutsche Moskau verlassen. "Auge um Auge, Zahn um Zahn", so die alt-testamentarische Devise.

Beijings Gegenreaktion dagegen orientiert sich eher an Hosea 8, Vers 7: "Denn sie säen Wind und werden Sturm ernten". Das heißt, die Revanche fiel gründlich asymmetrisch aus.

Zehn Einzelpersonen – Familienangehörige eingeschlossen – wurde die Einreise nach Festlandchina und Hongkong verboten, ihre Vermögen in China, so vorhanden, eingefroren. Außerdem dürfen chinesische Unternehmen und staatliche Stellen keine Geschäfte mit ihnen machen. Größeres Gewicht aber hat die Verhängung von Sanktionen gegen vier Institutionen, nämlich:

- > den politischen und Sicherheitsausschuss des EU-Rates, das für Außenpolitik und Militärisches zuständige Gremium der Vertreter der Mitgliedsländer, das zwischen Ministertagungen und Gipfeln die tägliche Arbeit erledigt;

- > den Unterausschuss für Menschenrechte des EU-Parlaments;

- > das Mercator Institute for China (Merics) mit Sitz in Berlin; ein privater Thinktank, der Politikberatung und Medienarbeit betreibt. Ins Leben gerufen wurde das Institut von der Mercator-Stiftung, die von der Milliardärsfamilie Schmidt/Schmidt Ruthenbeck gegründet worden war;

- > die Alliance of Democracies, ein Netzwerk, das 2017 von dem vorherigen Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen gegründet wurde.

Das Projekt versteht sich als Nichtregierungsorganisation, die "Demokratie und freie Märkte weltweit fördert". Zu den Gästen an ihren Tagungen gehören u.a. der taiwanische Präsident Tsai Ing-wen, Tony Blair, Donald Trumps letzter Außenminister Mike Pompeo und der spanische Ex-Premier José Maria Aznar von der postfranquistischen "Volkspartei". Unterstützer sind unter anderem so finanzstarke Champions der Demokratie wie BMW, Google und Facebook.

Unter den Einzelpersonen sind fünf Europaabgeordnete, darunter Michael Gahler (CDU), sicherheitspolitischer Sprecher der konservativen EVP-Fraktion, sowie der deutsche Grünenpolitiker Reinhard Bütikofer, der sich seit geraumer Zeit als Nato-Versteher profiliert. Außerdem drei Abgeordnete aus nationalen Parlamenten sowie zwei Personen, die von führenden Medien gern als China-Experten zitiert werden.

Hierzulande bekannt ist der Anthropologe Adrian Zenz, Urheber der Behauptung, eine Million Uiguren würde in Lagern festgehalten. Zwar meint er, anders als die Trump- und Biden-Regierungen, dass der Begriff Völkermord dafür nicht zuträfe, aber dennoch sei es richtig, ihn zu verwenden. Wer das für bizarre Logik hält, sei darauf verwiesen, dass Zenz seine Arbeit für eine religiöse Mission hält, denn "Gott habe ihn dazu geführt". Und Gottes Wege sind bekanntlich unergründlich.

Gegenüber USA, Kanada und Großbritannien hat Beijing vergleichbare Maßnahmen verhängt.

Völkerrecht versus Export von Menschenrechten

Die Botschaft, die Beijing mit seinem Gegenschlag sendet, ist mehr als deutlich: Wir akzeptieren nicht die Anmaßung, sich im internationalen System zugleich zu Klägern, Richtern und Vollstreckern aufzuschwingen. Und in der Tat zeichnet sich das internationale System ja dadurch aus, dass es – anders als im Inneren einer Gesellschaft – keine übergeordnete staatliche Ordnung mit oberster Gerichtsbarkeit und dazugehörigem Gewaltmonopol gibt. Allenfalls Ansätze dazu existieren im UN-Sicherheitsrat sowie bei für bestimmte Bereiche spezialisierten Organisationen, wie die Welthandelsorganisation, sowie im Völkerrecht.

Allerdings sind diese Ansätze in den letzten Jahren sehr geschwächt worden. Vorreiter war der Westen mit dem völkerrechtswidrigen Krieg in Jugoslawien 1999, dem Irak-Krieg 2003, dem Missbrauch des UN-Flugverbots zum Regime-Change 2010 in Libyen oder dem Drohnenkrieg der Obama-Regierung. All das war vor der Ukraine-Krise, mit der die Zeitrechnung des staatstragenden Narrativs die Spannungen im internationalen System beginnen lässt.

Zunehmend hat sich die Praxis eingeschlichen, unilateral auf der Grundlage des "Rechts des Stärkeren" vorzugehen – des militärisch Stärkeren und des ökonomisch Stärkeren. Wer Sanktionen verhängt, tut dies, weil er

glaubt, es sich aus Stärke heraus leisten zu können.

Hat dagegen jemals ein afrikanisches Land gewagt, den strukturellen Rassismus in Gesellschaft, Polizei und Justiz der USA zu sanktionieren? Hat je ein Entwicklungsland auch nur gewagt, Brüssel mit Sanktionen zu drohen, wenn Konzerne aus der EU Menschenrechte mit Füßen treten?

Das ganze Sanktionswesen ist Ausdruck ungleicher und ungerechter Machtverhältnisse in der Welt und ist mit dem Anspruch der UN-Charta unvereinbar. Schon im ersten Artikel heißt es dort, dass "internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen" sind. Und Artikel 2 formuliert den "Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker" zu achten, "auf dem die internationalen Beziehungen beruhen."

Menschenrechte, Moral und Machtpolitik

Deshalb ist es bestenfalls naiv, wenn selbst manche Linke ihren Regierungen das Recht zubilligen, als selbsternannte Richter und Vollstrecker den Export von Demokratie und Menschenrechten als "wertebasierte Außenpolitik" zu verkaufen. Denn moralisch agieren diese Regierungen nur zum Schein. Moral ist unteilbar und verkommt zur Doppelmoral, wenn man mit Saudi-Arabien, Ägypten, den Scheichtümern am Golf oder der Türkei milliardenschwere Rüstungsgeschäfte macht, bei anderen aber Menschenrechte im Dienste von Großmachtrivalität instrumentalisiert werden.

Aber wenn schon von Moral die Rede ist, dann gäbe es bei den Sanktionen gegen China einen ebenso pikanten wie hochmoralischen Aspekt ins Feld zu führen: Die UN-Charta zieht die Lehren aus zwei Weltkriegen und jahrhundertlangem Kolonialismus und imperialistischer Einmischung.

Mit kolonialer Unterwerfung und Imperialismus hat China einige Erfahrung mit dem Westen, darunter mit den Deutschen. Charakterisierte doch schon früher ein deutsches Staats-



Postkarte mit Darstellung des „Boxeraufstandes 1900“, Quelle: Wikipedia (englisch)

oberhaupt China: "als einen verschlagenen, tapferen, gut bewaffneten, grausamen Feind", dem man Respekt vorm Völkerrecht beibringen müsse, auf "dass es niemals wieder ein Chinese wagt, einen Deutschen scheel anzusehen".

So sagte es Wilhelm II. am 27. Juli 1900, als er sein Militär nach China schickte, wo es gemeinsam mit Truppen der USA, Frankreichs, Englands, Italiens, Japans, Österreich-Ungarns und des zaristischen Russlands Sanktionen gegen angebliche chinesische Rechtsbrüche vollstreckte und den "Boxeraufstand" niederschlug.

Und das war nur eine Erfahrung in einer hundertjährigen Kette von Demütigungen, die vom Ersten Opiumkrieg reicht, den London 1838 startete, bis 1945, als die blutrünstige Kolonialherrschaft Japans endete.

Alte Kamellen? In China ist diese Vergangenheit im kollektiven Gedächtnis sehr präsent. Gerade die Deutschen, ansonsten so stolz auf ihre Erinnerungskultur, müssten das eigentlich begreifen. Schließlich ist der Holocaust sogar in die deutsche Staatsräson eingegangen, und daraus wird auch 80 Jahre danach eine besondere Haltung zu Israel abgeleitet.

Das findet u.a. seinen Niederschlag darin, dass Sanktionen wegen der israelischen Völkerrechts- und Menschenrechtsverletzungen vehement abgeblockt werden. Ohne die Singularität der Shoah infrage zu stellen, wäre es jedoch an der Zeit auch die Kolonialverbrechen zu thematisieren und sich

einmal in die Opfer hinein zu versetzen.

Das bedeutet nicht, dass nicht auch die Verhältnisse in China, wie bei jedem anderen Land, kritisch unter die Lupe genommen werden könnten. Zivilgesellschaft, Publizistik, Wissenschaft und Politik haben selbstverständlich das Recht dazu. Aber daraus ergibt sich kein Recht auf Bestrafung anderer Staaten.

In der Zwickmühle

Anders als zu Zeiten des Kalten Kriegs 1.0. ist die Welt heute ungleich stärker vernetzt und von gegenseitigen Abhängigkeiten geprägt. Das wird vor allem die deutsche Wirtschaft spüren, wenn Berlin den chinesischen Schuss vor den Bug ignorieren sollte. "China braucht uns nicht, wir brauchen aber China." Auf diese Formel brachte der Ex-Chef von Siemens, Joe Kaeser, die Sachlage. Auch für die EU, die erst im Dezember ein Investitionsabkommen mit B auf den Weg gebracht hat, steht einiges auf dem Spiel.

Vielleicht wird das Signal aus Beijing verstanden, und es setzt sich die Einsicht durch, dass friedliche Koexistenz und Zusammenarbeit vorteilhafter sind als Rivalität und Kalter Krieg. Auch die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, vorne weg die Klimakrise, sind nur so zu meistern. Nicht zuletzt würde es auch ein günstigeres Umfeld für die Entfaltung der Menschenrechte schaffen.

Der Beitrag erschien zuerst im Online-Magazin Telepolis am 7.4.2021

Perspektivwechsel: Wie sehen Russen die deutsche Politik?

Alexander Rahr: *Anmaßung – Wie DEUTSCHLAND sein Ansehen bei den RUSSEN verspielt*
Eulenspiegel-Verlagsgruppe, ISBN 978-3-360-01376-7, 1. Auflage 2021, 176 Seiten, € 16,00



„Alexander Rahr untersucht in sieben symptomatischen Beispielen, was in den Menschen, was in der Politik und Wirtschaft, was bei Verantwortlichen und einfachen Leuten in Russland vorgeht: Was und wie denken sie über Deutschland und die Deutschen? Woher rührt die wachsende Entfremdung? Von wem geht diese Entfremdung aus, wo führt sie hin? Der Autor scheut nicht Emotionen und deutliche Worte, er sondiert mit Sorge und Trauer ein zutiefst gestörtes Verhältnis, das derzeit wenig Aussicht auf Besserung hat. Er selbst ist auf beiden Seiten involviert. Als Berater der Bundesregierung hat er Analysen und Konzepte verfasst, als Russe hat er für Maßnahmen der russischen Politik Verständnis gezeigt. Ihm ist am vertrauensvollen Miteinander der beiden Länder gelegen, und er hält es für möglich und wünschenswert.“

(aus dem Klappentext des Buches)

Der Osteuropa-Experte Alexander Rahr ist seit 2012 Projektleiter des Deutsch-Russischen Forums und hat bereits mehrere Bücher über Russland und die deutsch-russischen Beziehungen publiziert. Mit seinem biografischen Hintergrund als Sohn einer rus-

sischen Emigrantenfamilie in Deutschland und langjähriger Berater der Bundesregierung ist er mit deutschen und russischen Sichtweisen wie kein anderer bestens vertraut. Sein neues Buch beinhaltet außer seiner persönlichen Einführung und einem Vorwort von Gabriele Krone-Schmalz dazu keine eigenen Bewertungen. Vielmehr lässt er sieben Personen zu Wort kommen, deren Aussagen er zusammen fasst. Genau genommen sind es insgesamt vierzig Einzelmeinungen, wenn man die im ersten Beitrag mit der Coachin Anna zusammengefasste Meinungsumfrage mit 34 einzelnen Interviewpartnern summarisch berücksichtigt.

Jewgenij, *„die Meinungsforscherin“*, stellt deutsche und russische Meinungen gegenüber. Was in Russland bisher niemand wahrhaben will: die deutsche und russische Erinnerungskultur an den Zweiten Weltkrieg ist grundverschieden.

In deutschen Familien, vor allem bei den Kriegsrückkehrern, wurde kaum über den Krieg gesprochen. Die Hitler-Generation nahm ihre leidvollen Erfahrungen mit ins Grab. Anders in Russland. Dort erzählt man sich in jeder Familie, in der der Vater oder Großvater als Soldat den Krieg überlebt hat, eine Heldengeschichte. Diese Erfahrungen werden an die jüngere Generation weitergegeben.

Für Russen besonders schmerzlich ist eine gängige deutsche Sichtweise, dass man 1945 von den Amerikanern befreit, aber von den Russen besetzt worden ist. *„Heute interessieren sich die Russen viel mehr für Deutschland als umgekehrt Deutsche für Russland.“*

Volodja, *„der Diplomat“*, sieht es als besonders schmerzlich an, dass Putin seit 20 Jahren sich um gute Beziehungen zu Deutschland bemüht hat, mit dem Resümee, dass dieser die feste Einbindung der deutschen Führungseliten in den transatlantischen Kontext unterschätzt habe.

Mischa, *„der standhafte Patriot“*, bringt einen interessanten Vergleich: In Deutschland leben heute 6 Millionen russisch sprechende Menschen. Die genaue Zahl der russischen Dia-

spora kennt allerdings niemand. Nach Ansicht von Mischa haben sich die russischen Emigranten, sofern sie sich nicht völlig in Deutschland assimiliert haben, in letzter Zeit radikalisiert – sowohl in eine Pro-Putin- als auch in eine Anti-Putin-Richtung, seiner Meinung nach im Verhältnis 1:1. Seine Prognose für die Zeit nach den Bundestagswahlen ist düster. Mit den Grünen als nächster Koalitionspartner der CDU/CSU in der Bundesregierung kann man von einer Eiszeit ausgehen. Die Grünen werden die Werte-Orientierung in der deutschen und europäischen Russlandpolitik noch stärken.

Alexei, *„der Deutschlandverstehler“*, leitet den Lobbyverband für russische Firmen in Deutschland. Der Buchautor verfolgte dazu eine von Alexei moderierte Zoom-Konferenz mit Wirtschaftsvertretern. Aus diesem Umfeld verlautet es, dass in Russland 30 Jahre lang kaum Kritik an Deutschland geübt wurde. Die Russen glaubten ehrlich an Partnerschaft und Zusammenarbeit. Diese Situation könne man leicht wiederherstellen, wenn die deutschen Medien endlich damit aufhörten, gegen Russland zu hetzen. *„Putin ist germanophil, hat lange Zeit in Deutschland gelebt. Merkel hat in Russland studiert und gelebt – warum spricht Putin demonstrativ Deutsch in der Öffentlichkeit, während Merkel sich fast schämt, öffentlich Russisch zu sprechen?“*

Fazit: Die nach wie vor positiven Sichtweisen vieler Russen auf Deutschland überraschen. Trotz der immer noch stark gegenwärtigen, leidvollen Geschichte des Überfalls von Nazi-Deutschland auf Russland ist die russische Seite noch stark von Erwartungen aus der Zeit nach der deutschen Wiedervereinigung geprägt, die schließlich nur mit russischer Unterstützung möglich war. Um die deutsch-russischen Beziehungen wieder zu verbessern, bedarf es friedenspolitisch motiviertes, zivilgesellschaftlichen Engagements. Das geht nur mit dem Verständnis unterschiedlicher Denkweisen, historischer Wahrnehmungen und Emotionen.

Karl-Heinz Peil

Jeder fünfte Sowjetbürger starb – durch Völkermord oder als Opfer für die Befreiung Europas

Eine Zusammenfassung von Marius van der Meer, CO-OP Anti-War Café Berlin

Gemäß einer demoskopischen Extrapolation der Bevölkerungsentwicklung in der UdSSR nach ihrer letzten Vorkriegs-Volkszählung im Januar 1939 lebten zum Zeitpunkt des Überfalls im Jahre 1941 in der UdSSR etwa 196,7 Mio. Einwohner.

Gemäß einer entsprechenden Rückrechnung aus der Volkszählung im Jahre 1959 konnte abgeschätzt werden: nach dem Ende des 2. Weltkrieges lebten noch 170,5 Mio. Bürger der UdSSR, darunter 159,5 Mio., die vor dem Beginn dieses Krieges geboren wurden. Der Bevölkerungszuwachs um die nach Kriegsbeginn Geborenen betrug also 11 Mio..

Gemäß den demoskopischen Werten wären unter Friedens-Bedingungen in dieser Zeit des Krieges etwa 11,9 Mio. auf natürliche Weise verstorben, der Populationszuwachs wäre im Frieden um 1,3 Mio. Säuglinge, die während des Krieges unter den herrschenden Bedingung zeitnah verstarben, zusätzlich zu den 11 Mio. neu ge-

borenen Bürgern der UdSSR während des Krieges, also wären mit diesen umgehend verstorbenen Kleinkindern statt 170,5 Mio. 180,8 Mio. am Leben gewesen.

Der Bevölkerungszuwachs der UdSSR hätte bis 1945 unter Friedensbedingungen 12,3 Mio. betragen, der Schwund durch natürlichen Tod 11,9 Mio., bliebe ein Wachstum um 0,4 Mio.

Statt der daraus resultierenden theoretischen 197,1 Mio. für das Jahr 1945 (über)lebten tatsächlich 170,5 Mio.. **Die geschätzte Zahl der Kriegsoffer der UdSSR ergibt 26,6 Mio.**

Die Gesamtzahl korrespondiert mit den unabhängig ermittelten, teilweise nur geschätzten einzelnen Kategorien der Opfer (**13,7 Mio.** insgesamt):

7,4 Mio. ermordete Zivilisten,

2,2 Mio. Tode bei Zwangsarbeitern,

4,1 Mio. unnatürlich durch Hunger und Krankheiten vorzeitig Verstorbene unter Zivilisten.

Weiterhin belaufen sich die Schätzungen der Opfer im militärischen Bereich zu (**11,9 Mio.**):

8,7 Mio. Gefallene der Roten Armee,

3,2 Mio. Verstorbene an Verwundungen, unter Kriegsgefangenen und Vermisste.

Die Summe beider Kategorien (Zivilisten und Militärangehörige) entspricht zwar "nur" **25,6 Mio.**, erklärt sich aber aufgrund der Unsicherheiten aller geschätzten oder zweifelsfrei geklärten Schicksale.

Bemerkenswert ist die **Todesrate unter den Kriegsgefangenen:**

Während von sowjetischen Kriegsgefangenen etwa 60% nicht überlebten, das sind 3,1 Mio., betrug die Todesrate von Soldaten der Westalliierten (USA, GB, F) in deutscher Kriegsgefangenschaft etwa 3 bis 4 %, was als weitere Ausdruck der Vernichtungsstrategie angesehen werden kann.

Über 13 Millionen ermordeter Zivilisten – Die vergessenen Opfer der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg

*von Wladimir Medinski, Historiker und russischer
Kulturminister von 2012 bis 2020 (Quelle: RT DE, 7.3.21)*

In der Siedlung Wyriza in der Oblast Leningrad wurde in den Besatzungsjahren ein Konzentrationslager für Kinder betrieben. Kinder aus den naheliegenden Kampfgebieten wurden mit Gewalt dorthin verschleppt. Wozu? Um verwundete Wehrmachtssoldaten mit Kinderblut zu versorgen.

"Meine Schwester Lena ist dort im Lazarett gestorben. Sie sagte: 'Sascha, bring mich weg von hier. Ich habe nicht einmal mehr Blut, aber sie nehmen mir immer und immer wieder welches ab.' Am nächsten Tag war sie nicht mehr."

So erinnert sich einer der Überlebenden.

Niemand hatte je einen Zweifel daran, dass alle Fragen danach, wer die Verbrecher im Zweiten Weltkrieg waren und wer die Opfer, wer der Held und der Befreier war, für alle Ewigkeit geklärt wären. Doch nein. Im 21. Jahrhundert hielt schleichend die Rehabilitierung des "Nationalsozialismus" Einzug in unsere Welt. [...]

Ganz gleich, wie verschwurbelt oder blumig sie ihre "alternativen Sichtweisen" äußern, immer ist nur gemeint, dass Hitler und seine Horden nicht schuld daran wären, vor 80 Jahren einen Vernichtungskrieg gegen die Völker der UdSSR entfesselt zu haben, nein, sie doch nicht! Es waren die UdSSR, insbesondere Russland, Stalin und das russische Volk, sie selbst tragen die Schuld an ihren enormen Opfern im Überlebenskampf gegen den Euro-Nazismus.

Wir aber, die Bürger Russlands, hörten irgendwann auf, darauf zu achten, WAS sie sagen und WORÜBER sie lamentieren.

Es wird Zeit, dem ein Ende zu setzen. Es wird Zeit, öffentliche Aussagen über den Krieg nicht mehr als etwas zu behandeln, das nur Historiker interessieren muss. Respekt vor den Taten der Vorfahren muss gleichzeitig den Respekt vor der Wahrheit des Fakts und des Dokuments, vor der Genauigkeit des Begriffs, vor der Richtigkeit der gewählten Formulierung bedeuten.

Und wenn wir Respekt vor dem Andenken an die gefallenen Kämpfer der Roten Armee fordern, wenn wir Respekt auch vor dem Andenken an alle Opfer fordern, dann müssen endlich auch die Zahlen all unserer menschlichen Opfer und materiellen Verluste erklärt und eindeutig bestimmt werden.

Frieden und Pandemie

Die NaturFreunde Deutschlands veranstalten die pandemie-bedingte Neuauflage der Friedenswanderung „Frieden in Bewegung“ im Zeitraum vom 12. Mai bis 04. Juli 2021. Wir wollen auf die aktuellen friedenspolitischen, gesellschaftlichen und ökologischen Entwicklungen aufmerksam machen.

In Europa droht eine Rückkehr in eine neue, auch atomare Aufrüstung. Deshalb: Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, Vertrauen aufbauen, Perspektiven für eine ökologisch verträgliche Entwicklung und mehr soziale Gerechtigkeit schaffen.

Das gemeinsame Engagement in der Friedensbewegung wird heute erneuert. Friedensaktivismus wird wieder in die Gesellschaft getragen und mit neuer Energie belebt, denn Frieden ist keine Selbstverständlichkeit. Im

Gegenteil, unser Jahrhundert droht zu einem Jahrhundert mit neuer Gewalt und verbitterter Verteilungskämpfen zu werden, deshalb setzen wir uns ein, nach innen wie nach außen. Die Friedenswanderung gibt uns die Chance, diese Botschaft durch Deutschland zu tragen, um auch einen Dialog in der Gesellschaft auszulösen und das bestehende System der Militarisierung zu hinterfragen.

Mit Hinblick auf die pandemische Situation in der Bundesrepublik haben wir verschiedene Möglichkeiten einer Durchführung diskutiert und haben beschlossen, dass es unter bestimmten Umständen und der Einhaltung aller Sicherheits-, Vorsichts- und Hygienemaßnahmen möglich ist, die Friedenswanderung stattfinden zu lassen. Zudem haben wir beschlossen die ersten zehn Etappen abzusagen und erst



Weitere Infos unter:
www.frieden-in-bewegung.de

am 12. Mai 2021 in Hannover zu starten, um die weitere pandemische Entwicklung abzuwarten und zu hoffen, dass sich die Situation bis dahin entspannt.

Auszug aus der Presseerklärung nach der Online-Aktionskonferenz „Abrüsten statt Aufrüsten“ am 18.4.2021



Mit dem bundesweiten Aktionstag im Dezember 2020 und über einhundert Aktionen bei Ostermärschen ist die Friedensbewegung zurück auf den Straßen. Vielfältige Aktivitäten werden für den Sommer und Herbst vorbereitet. Dazu wurden insbesondere genannt:

- Die Volksbefragung für einen zivilen Hamburger Hafen.
- Die Aktionen gegen die neuen US-Atomwaffen in Büchel am 5. September und am Hiroshimatag am 06. August und dem 09. August 2021.
- Die Friedenswanderung der Naturfreunde ab dem 12. Mai 2021.
- Veranstaltungen zum 8. Mai 2021, dem Tag der Befreiung.
- Aktionen zum Antikriegstag am 1. September 2021.

In einer **Aktionswoche vom 19.06. bis 26.06.2021** soll mit vielfältigen Veranstaltungen in den Wahlkampf eingegriffen werden, die Forderung nach Abrüstung öffentlich formuliert werden. Die vielfältigen Veranstaltungen zum 80. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion am 21./22.06 sollen Anlass sein, gerade angesichts der Ukrainekrise, die Notwendigkeit einer neuen Entspannungspolitik, einer Politik der gemeinsamen Sicherheit zu thematisieren und einzufordern.

Aktionswoche vom 4. bis 11. Juli 2021



Friedenscamp 2021

vom 4.7. bis 11.7.2021 in Ramstein-Steinwenden

5th International Congress against Military Bases and Wars 2021

Der 5. internationale Anti-Basen-Kongress findet vom 8. bis 9. Juli während der Aktionswoche in der Apostelkirche in Kaiserslautern statt.

Abendveranstaltung Stopp Air Base Ramstein 2021

am 9. Juli 2021 um 19 Uhr in der Apostelkirche in Kaiserslautern

Weitere Infos: www.ramstein-kampagne.eu